Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/1003
25.11.2009

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

91. Sitzung (öffentlich)

25. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW.BANK und zur Änderung anderer Gesetze 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9394 und Drucksache 14/9931

Ausschussprotokoll 14/935

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/9394 und Drucksache 14/9931** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

2 Neustrukturierung der kassenärztlichen Notfallbezirke in NRW

Vorlage 14/2372, Vorlage 14/2757 und Vorlage 14/3001

An den Bericht von Dr. Ulrich Thamer (Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe) schließt sich eine Aussprache an.

3 Umsetzung des im ÖGDG festgelegten Meldeverfahrens über die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder 22

– Bericht von Staatssekretär Dr. Walter Döllinger (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales), Aussprache.

4 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

Ausschussprotokoll 14/966

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vgl. **Drucksache 14/10191** – mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

Der Ausschuss stimmt der redaktionellen Änderung „In § 6 Abs. 2 Satz 4 werden die Wörter ‚Aufsichtsbehörde das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium' ersetzt durch die Wörter ‚Aufsichtsbehörden die für die Gesundheit und Trinkwasser zuständigen Ministerien'" einstimmig zu.

In der Schlussabstimmung **wird** der Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/9710** in der vom Ausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen.**

5 Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW ausbauen und konzeptionell weiterentwickeln 29

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9270

In Verbindung mit:

Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW verbessern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9429

Ausschussprotokoll 14/950

- Aussprache.

6 Nordrhein-Westfalen hat gute Ergebnisse bei der Steigerung der Organspendenbereitschaft gezeigt 33

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9915

- Bericht von Staatssekretär Dr. Walter Döllinger (MAGS), Aussprache.

7 Projekt zur ambulanten psychiatrischen Nachsorge Haftentlassener 37

– An den Bericht von LMR Henning Banke (Justizministerium) schließt sich eine Aussprache an.

8 Lernmittelfreiheit – Schwarzer Peter bleibt bei den Kommunen, Schulen und Eltern 44

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9911

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 14/9911 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

9 Qualität im Maßregelvollzug erhalten und die Infrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2104

In Verbindung mit:

Bericht über die Erfahrungen mit dem Maßregelvollzugsgesetz

Vorlage 14/2985

Im Obleutegespräch soll geklärt werden, ob der Ausschuss dazu eine Anhörung durchführen wird.

10 Für einen wirkungsvollen Diskriminierungsschutz und umfassende Teilhabe für Menschen mit Behinderungen 46

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9075

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/9075** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

11 Pflegenotstand verhindern – Altenpflegeausbildung für mehr Fachkräfte! 47

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8704

Ausschussprotokoll 14/920

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8704** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die

Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

12 Pflegefachkräfte-Monitoring in NRW einführen 48

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9764

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen schafft mit dem neuen Pflegefachkräfte-Monitoring Klarheit!

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9813

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird vertagt.

13 Gleiche Arbeit – gleiche Rechte: Gegen Missbrauch von Leiharbeitsverhältnissen und Unterwanderung geltenden Tarifrechts 49

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9763

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/9763** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

14 Ausbildungsmarkt in der Wirtschaftskrise – Schutzschirm für Ausbildung: Betriebe, Agenturen und Land müssen ihre Anstrengungen verstärken 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9078

Ausschussprotokoll 14/901

Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/9078** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

15 Verschiedenes 54

- Siehe Diskussionsteil.

* * *

4 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

Ausschussprotokoll 14/966

Vorsitzender Günter Garbrecht verweist auf das Protokoll der Anhörung vom 28. Oktober 2009 – vgl. APr 14/966. Zu dem Artikel 2 – Rettungsgesetz – Artikel 3 – PsychKG – habe es keine Einwendungen bezüglich der beabsichtigten redaktionellen Änderungen gegeben. Es liege ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor – vgl. Drucksache 14/10191.

Laut MAGS gebe es einen redaktionellen Korrekturbedarf in Artikel 1 Nr. 4. Dort müsse die Anordnung korrekt heißen:

> „In § 6 Abs. 2 Satz 4 werden die Wörter ‚Aufsichtsbehörde das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium' ersetzt durch die Wörter ‚Aufsichtsbehörden die für die Gesundheit und Trinkwasser zuständigen Ministerien'."

Barbara Steffens (GRÜNE) erläutert den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Bei den Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes müsse man eine Weiterentwicklung im ÖGD vorsehen. Die Unterstützung der Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen beim Gesundheitsschutz sollte eingefügt werden. Das sei bei sozial benachteiligten Familien und Personen ein massives Problem.

Ein zweiter Bereich betreffe die Mitwirkung an einer geschlechtergerechten Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung und Prävention, die festgeschrieben werden solle. Der dritte Bereich sei die Entwicklung von aufsuchenden und nachsorgenden Gesundheitshilfen für Benachteiligte. Man brauche die aufsuchenden Hilfen, weil diese in vielen Bereichen erfolgreicher sei.

Der zweite Teil des Antrags beziehe sich auf die Aufgaben und Themen des ÖGDG. Grundsätzlich sollten die Aufgabenfelder festgeschrieben bleiben. Sie sollten noch um zwei Bereiche erweitert werden, einmal um den umweltbezogenen Gesundheitsschutz und die geschlechtergerechte Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Punkte seien in der Expertenanhörung angemahnt worden. Es werde als Problem angesehen, wenn man diese Aufgabenfestschreibung wegfallen lasse.

Inge Howe (SPD) führt aus, die alte Aufgabenwahrnehmung sei herausgenommen worden. Das müsse wieder beigefügt werden. Einige Sachverhalte hätten darin gestanden, zum Beispiel in § 27, in dem es um die EU-bezogene Tätigkeit und die internationale Tätigkeit gehe. Sie wisse nicht, ob dies automatisch weitergeführt werde. Auch im Krankenhausgestaltungsgesetz habe man die Erfahrung gemacht, dass spezielle Instrumente, die in dem Gesetz festgeschrieben gewesen seien, zum Bei-

spiel die Bildung einer Hygienekommission aus Kostengründen wegrationalisiert werde. Wenn das explizit nicht im Gesetz aufgeführt sei, werde befürchtet, dass das aus irgendwelchen Gründen zukünftig nicht mehr stattfinde. Das sollte konkret im Gesetz wieder aufgenommen werden.

Vorsitzender Günter Garbrecht hält fest, dass das Gesetzgebungsverfahren in diesem Jahr abgeschlossen werden solle.

Norbert Post (CDU) gibt an, die Änderungsanträge seien am heutigen Tage vorgelegt worden. Darüber könne noch nicht abgestimmt werden. Über das gesamte Gesetz sei in ausreichender Breite diskutiert worden. Es gebe eine Reihe unstrittiger Dinge. Eventuell könnten die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Änderungsanträge im Plenum behandeln.

Vorsitzender Günter Garbrecht schlägt vor, die abschließende Beratung auf den 9. Dezember zu verschieben. Das Gesetz solle zum 01.01.2010 in Kraft treten. Wenn die regierungstragenden Fraktionen über den Gesetzentwurf jetzt abstimmen wollten, müssten sie das jetzt sagen.

Norbert Post (CDU) bittet um Abstimmung.

> Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales lehnt** den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vgl. **Drucksache 14/10191** – mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab.**
>
> Der Ausschuss stimmt der redaktionellen Änderung „In § 6 Abs. 2 Satz 4 werden die Wörter ‚Aufsichtsbehörde das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium' ersetzt durch die Wörter ‚Aufsichtsbehörden die für die Gesundheit und Trinkwasser zuständigen Ministerien'" einstimmig zu.
>
> In der Schlussabstimmung **wird** der Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/9710** in der vom Ausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen.**